Nr. 3 | 15. September 2023

AZB / 3011 Bern / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

45. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

BERNER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

PLR Romand de Berne
Nous vivons la cohésion. Ce fondement libéral-radical pour une Suisse forte doit servir de base au canton de Berne. Le bilinguisme ne se vit pas seulement à l'école, il se cultive une vie durant – nourrissant ainsi l'intérêt mutuel, ciment de notre unité nationale.

Seite 4

Jungfreisinnige
Die nächste Generation will mitbestimmen, wenn über sie entschieden wird. Frei nach diesem Motto kandidieren 24 jungfreisinnige Frauen und Männer auf der jungen Liste 25 für den Nationalrat und sind auf deine Stimme angewiesen. Denn wer Jungfreisinn wählt, investiert auch in die Zukunft der FDP Kanton Bern.

Seite 5

Unsere Nationalratskandidierenden
Unsere Kandidierenden für die Nationalratswahlen repräsentieren eine vielfältige und engagierte Gruppe von 24 Personen aus dem Kanton Bern. Mit Stolz können wir sagen, dass wir gleichermassen 12 Frauen und 12 Männer auf unserer Liste haben, die alle Regionen unseres Kantons repräsentieren.

Seite 6–8

Unsere Nationalratskandidierenden
«Im Bundeshaus braucht es mehr Leute mit politischer Alltagserfahrung», Sandra Hess im Interview.

Seite 9

Barbara Freiburghaus

Präsidentin FDP Frauen Kanton Bern

Die FDP Kanton Bern legt eine ausgeglichene Nationalrats-Liste vor mit 24 ausgewiesenen Persönlichkeiten. In den Wochen bis zu den Wahlen ist viel Engagement nötig, damit das liberale Gedankengut, welches unseren Staat wirtschaftlich prosperierend und sozial abgesichert ins 21. Jahrhundert geführt hat, in den nächsten vier Jahren im Bundeshaus besser als bisher vertreten sein wird. Die FDP Frauen Kanton Bern hoffen natürlich, dass die Kandidatinnen auf der FDP-Liste viele Stimmen holen und daraus eine paritätische Vertretung resultiert. Zudem streben wir die Wahl von Sandra Hess-Oppliger als Ständerätin an. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und unterstützen Sie die FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten!

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Berner Freisinn, Neuengasse 20, 3011 Bern, T: 031 320 36 36, F: 031 320 36 30, E: info@fdp-be.ch, www.fdp-be.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–9 Berner Freisinn

10/11 Bereit für den Wahlkampf

12/13 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik

14 Wasserpolitik als Chance für die Schweiz

15 Budget-Versicherung gegen den Prämienanstieg

16/17 20 Jahre Schuldenbremse

18/19 1000 Freisinnige am Tag der FDP in Fribourg

20/21 Europas Niedergang bedroht uns

22 Ausblick auf die Herbstsession

23 Vermischtes

Wer liberale Lösungen will, wählt FDP

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfs

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfs. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätssinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.
Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Koni Moser

Wahlkampf...

... Jetzt mobilisieren!

«Wir sind so stark, wie wir einig,
und so schwach,wie wir gespalten sind.»

Buchzitat aus «Harry Potter», Joanne K. Rowling

Liebe Freisinnige

Ein intensives Jahr mit Höhen und Tiefen in den Wahlkampfvorbereitungen liegt hinter uns. Während Harry Potter bei Herausforderungen mit einem Zauberspruch eine Lösung herbeizaubern kann, sind wir in solchen Momenten auf die Kraft des Miteinanders, auf das «Gemeinsam weiterkommen», angewiesen.

Nun geht es in der heissen Phase des Wahlkampfs darum, einen einzigartigen Teamgeist an den Tag zu legen und Sandra Hess und alle Kandidierenden im Wahlkampf bestmöglich zu unterstützen. Gemeinsam unterstützen wir und ich bitte Sie, überall wo und wann möglich zu mobilisieren! Andere Parteien treten mit bis zu neun Listen an. Wir begegnen solchem Gebaren, indem wir unsere Kandidierenden, wenn immer möglich, bei Bürger:innen, unseren Familien, Freunden usw. ins beste Licht stellen, sie weitmöglichst bekannt machen. Mit dem Slogan «Wir machen die Schweiz stark!» zeigen wir Präsenz, Nähe und hohe Motivation!

Liebe Freisinnige, ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Loyalität und Ihr Engagement, Ihre Mithilfe! Für die kommenden Wochen bis zum Wahlwochenende vom 22.10.2023 wünsche ich Ihnen viele weiterführende und persönliche Gespräche, die unseren Kandidierenden, unserer Partei helfen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Vielleicht finden Sie nebst dem Mobilisieren Zeit, die Beiträge all der Kandidierenden und der FDP zu liken, zu teilen, zu kommentieren und all ihre Netzwerkkontakte für den «blauen Spirit» zu nutzen.

Mit Ihnen können wir den Ständeratssitz und den dritten Sitz im Nationalrat erreichen!

Herzlich

Koni Moser, Wahlkampfleiter

Ungeteilte bürgerliche Standesstimme im Kanton Bern

Sandra Hess ist unsere Ständeratskandidatin. Und wir sind hoffnungsvoll, dass wir in einem zweiten Wahlgang den angestrebten Ständeratssitz gewinnen können. Damit sich die Chance auf den Sitzgewinn erhöht und die Standesstimme im Kanton Bern zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder rein bürgerlich ist, empfehlen wir nicht nur, Sandra Hess zu wählen, sondern auch Werner Salzmann (SVP) Ihre zweite Stimme zu geben.

www.fdp-news.ch

Wir schreiben Geschichten

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen

Betrag und Spende bestätigen

Unterstützen Sie unseren Wahlkampf mit einer Spende!
Jeder Betrag hilft uns dabei, z.B. Social-Media-Werbung, Werbemittel oder Strassenaktionen zu finanzieren.
Mit Ihrem Beitrag können wir unsere Ziele erreichen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

L'importance du français pour notre économie

Le bilinguisme va au-delà d'une simple traduction

Nous vivons la cohésion. Ce fondement libéral-radical pour une Suisse forte doit servir de base au canton de Berne. Le bilinguisme ne se vit pas seulement à l'école, il se cultive une vie durant – nourrissant ainsi l'intérêt mutuel, ciment de notre unité nationale.

Depuis 90 ans le Groupe Libéral Radical Romand de Berne et environs (GLRR) existe et rappelle à la ville et au Canton de Berne l'importance de la deuxième langue nationale dans le domaine culturel mais aussi économique. Notre groupe s'est toujours investi dans des causes fédérales, cantonales ou municipales, en collaboration étroite avec le parti radical de la ville dont il est indépendant depuis 1947. Le GLRR a réussi à regrouper les PLR romands et francophones de la ville de Berne et à rester en vie et actif alors que tous les autres partis romands de Berne ont cessé d'exister. Le GLRR, avec l'Association romande et francophone de Berne (ARB) et les associations cantonales romandes de la ville, a notamment appuyé la création d'une école publique de langue française en ville de Berne. Au devant des élections fédérales, notre groupe veut rappeler au PLR du Canton de Berne et à toutes ses sections locales mais aussi à l'ensemble des forces politiques et au public que le bilinguisme reste un formidable atout pour la ville de Berne, son agglomération et l'ensemble du Canton de Berne. La connaissance et la maîtrise du français – en plus de l'allemand et de l'anglais – représente un avantage pour les employeurs du Canton de Berne car dans une économie globalisée, il est nécessaire non seulement de connaître plusieurs langues mais aussi d'avoir une sensibilité interculturelle, c'est-à-dire de concevoir que l'on peut voir les choses différemment, qu'il peut y avoir des sensibilités différentes et même un sens de l'humour différent. L'engagement pour le français à Berne ne peut donc se limiter à tout traduire en français. Sans un véritable effort de formation qui transmet également la littérature et la culture française et qui donne aux jeunes de ce canton la capacité de s'exprimer en français et de suivre des émissions en français, l'avantage économique d'une sensibilité interculturelle et de la capacité – par exemple – de nouer des contacts commerciaux non seulement en France et en Belgique, mais également en Afrique francophone qui couvre presque la moitié du continent sera perdu. Ceci serait un grand gaspillage et nous devons l'éviter. Les jeunes apprennent l'anglais de toute façon. Pour le français, il faut un effort particulier. Cet effort, il appartient au PLR de l'exiger et de le promouvoir sans cesse et en particulier en période électorale. C'est ce que fait le GLRR en coopérant avec d'autres associations proches de ses valeurs. Le bilinguisme fait partie de nos intérêts économiques également parce que chaque deuxième franc vient de nos exportations. La capacité de comprendre et de s'exprimer en français est en outre un aspect essentiel pour la cohésion politique de notre canton et de notre pays. Il en va donc également de notre stabilité politique qui fait l'attrait de notre pays aux yeux des investisseurs suisses et étrangers. Le bilinguisme ne s'apprend pas seulement à l'école, il se cultive tout au long de la vie avec des échanges et des rencontres, mais aussi avec des cultures d'entreprise qui en comprennent la valeur. Notre engagement doit donc également se tourner vers le secteur privé. Notre Groupe PLR romand de Berne et environs mérite votre soutien car il doit pouvoir continuer de contribuer à la force et à l'attrait du PLR à Berne. Votre contribution à notre travail politique sera toujours la bienvenue mais avant tout, nous vous demandons de reprendre nos arguments en faveur du bilinguisme dans notre canton et cela bien au-delà des traductions. Merci!

Pour le Comité du GLRR
Ralph Friedländer

Mir mit dir...

... zämä is Bundeshuus

Die nächste Generation will mitbestimmen, wenn über sie entschieden wird. Frei nach diesem Motto kandidieren 24 jungfreisinnige Frauen und Männer auf der jungen Liste 25 für den Nationalrat und sind auf deine Stimme angewiesen. Denn wer Jungfreisinn wählt, investiert auch in die Zukunft der FDP Kanton Bern.

Auf der Liste der Jungfreisinnigen stellen sich 9 junge Frauen und 15 junge Männer zur Wahl in den Nationalrat. Es sind praktisch alle Regionen abgedeckt und auch der französische Teil des Kantons wird von zwei Männern und einer Frau repräsentiert. Das Durchschnittsalter der Kandidierenden liegt bei 25 Jahren. Diese Zahl zeigt einmal mehr, dass die Berner Jungfreisinnigen im Gegen-satz zu anderen Jungparteien keineswegs mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen haben. Tobias Frehner, Präsident JFBE, sagt dazu: «Es ist uns gelungen, eine grossartige Liste mit sehr talentierten Persönlichkeiten zusammenzustellen. Ich bin überzeugt, dass diese Kandidierenden auch in Zukunft eine wichtige Rolle innerhalb unserer Partei spielen werden.» So zeige sich immer wieder aufs Neue, dass sich die Organisation der Jungfreisinnigen als Talentschmiede bewähre, ergänzt Tobias Frehner.

Grosse Ziele, schmales Budget

Die Ziele der Jungfreisinnigen sind in diesem Jahr besonders ambitioniert. Das kommt nicht von ungefähr. Die Stimmung innerhalb der Jungpartei ist enorm gut und die Mitglieder sehr motiviert. Es gilt jetzt endlich wieder einmal, einen Erfolg zu feiern und diese positive Energie in die Zukunft mitzunehmen. Die Vorzeichen stehen gut. Nach dem eher enttäuschenden Resultat 2019 wollen die Berner Jungfreisinnigen ihren Wähleranteil wieder nach oben bringen. Das Ziel ist ein Prozent Wähleranteil. Das entspricht einem Plus von 0,6 Prozent im Vergleich zu den letzten Nationalratswahlen und würde über die Unterlistenverbindung direkt der FDP zugutekommen. Tobias Frehner, Präsident JFBE, meint dazu: «Moralisch wichtig für uns ist, dass wir die rote Laterne endlich an eine andere Jungpartei weiterreichen können. Die Berner Jungfreisinnigen sind stark und gut organisiert. Wir gehören definitiv nicht auf den letzten Platz!» Dieser Weg wird allerdings kein

Spaziergang. Denn die finanziellen Möglichkeiten der Berner Jungfreisinnigen ist nach wie vor beschränkt. Marilène Aeschlimann, Vizepräsidentin JFBE, sagt dazu: «Wir sind dankbar für jeden Franken, der bei uns ankommt, und versuchen, das Maximum aus unseren Mitteln herauszuholen.» Neben diversen Strassenaktionen, Podien und der Präsenz in den verschiedenen Sektionen konzentriert sich der Wahlkampf der Berner Jungfreisinnigen in erster Linie auf den Online-Bereich. Insbesondere auch in den sozialen Medien sollen junge Menschen mit unseren Werten und dem freisinnigen Gedankengut in Berührung kommen. Denn eines ist klar: Bei immer mehr jungen Menschen sind Werte wie Freiheit oder Selbstbestimmung speziell jetzt nach der Pandemie wieder enorm hoch im Kurs.

Gurtenfestival 2023: Energie-Booster für Besucher und Rettung der AHV im Fokus

Das Gurtenfestival, eine langjährige Tradition auf dem Berner Hausberg, feierte 2023 sein 40-Jahr-Jubiläum. Währenddessen steht die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) vor finanziellen Herausforderungen, da die Babyboomer-Generation in den Ruhestand geht. Darum nutzten wir das Festival als Gelegenheit, um den drohenden Kollaps unserer AHV-Renten zu thematisieren. Die Jungfreisinnigen Kanton Bern verteilten über 6000 Energy-Drinks an die wartenden Besucherinnen und Besucher bei der Gurtenbahn, um auf ihre Renteninitiative aufmerksam zu machen. Die AHV kämpft seit 2014 mit finanziellen Problemen, und ohne dringende Massnahmen wird sich die Situation weiter verschlechtern. Die bisherigen Reformen sind unzureichend, um das wachsende Defizit zu stoppen.

Tobias Frehner
Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern
tobias.frehner@jfbe.ch / 079 154 00 50

Unsere Nationalratskandidierenden

Christian Wasserfallen

bisher

24.01.5

1981, Bern, Dipl. Masch.-Ing. FH, Nationalrat, Unternehmer in der Industrie, Präsident Verband der Infrastrukturbauunternehmen «Infra Suisse»

«Meine Werte in Politik und Wirtschaft: Bürgerlich, verlässlich und hartnäckig. Für eine sichere Stromversorgung, selbstbewusstes Auftreten gegenüber der EU und eine harte, aber faire Migrationspolitik.»

wasserfallen.news

Heidi Aeschlimann

24.02.3

1968, Sumiswald, Unternehmerin, HF-NDS Unternehmensführung, Vizepräsidentin Sicherheitskommission Gemeinde Sumiswald

«Für liberale Lösungen!»

Daniel Arn

24.03.1

1965, Muri b. Bern, Unternehmer Präz-Industrie und Grossrat, Präsident SwissSkills und kant. Handels- und Industrieverein, Vorstand economiesuisse, Stiftungsrat RAZ

«Packen wirs Arn. Ich setze mich ein für die Arbeitsplätze in der Schweiz, für die Aus- und Weiterbildung unseres Nachwuchses und für ein bezahlbares Gesundheitswesen – immer mit Fokus auf Nachhaltigkeit!»

Barbara Béguin-Jünger

24.04.0

1970, Gampelen, Mitarbeiterin Kantonspolizei Bern, Mutter von drei Söhnen, Präsidentin FDP Biel-Seeland, Alt Gemeindepräsidentin, Vizepräsidentin KGR, Vorstand PVBK, BPW, Patronatskomitee PTA

«Dafür setze ich mich ein: jegliche Familien- und Lebensmodelle; Chancengleichheit; Verknüpfung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung für umsetzbare Lösungen im Alltag; Sicherheit/Polizei/Armee.»

Laura Bircher

24.05.8

1990, Gümligen, Rechtsanwältin, M.A. HSG Law and Economics, Präsidentin FDP Mittelland-Nord, Vizepräsidentin Parlament Muri b. Bern, Vizepräsidentin FDP Muri-Gümligen

«Ich stehe ein für eine liberale und fortschrittliche Schweiz: Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie achtsamer Umgang mit Steuergeldern.»

Madeleine Deckert

24.06.6

1967, Evilard, Gemeindepräsidentin Leubringen/Magglingen, Präsidentin seeland.biel/bienne, Vorstand Jura bernois.Bienne, Rat für französischspr. Ange. RFB, d/f/e

«Ich setze mich speziell für eine starke Berufsbildung, gute Rahmenbedingungen für unsere KMU, Kultur und Zweisprachigkeit sowie Belange der öffentlichen Sicherheit ein.»

madeleinedeckert.ch

Oliver Dürr

24.07.4

1990, Steffisburg, Jurist MLaw, Vorstand FDP Kreis Thun

«Eine marktwirtschaftliche und nachhaltige Wirtschaft, weniger Bürokratie und eine aktive Schweiz in der internationalen Politik.»

oliduerr.ch

Jana Fehrensen

24.08.2

1970, Langenthal, Museumsleiterin, Stadträtin Langenthal, Mitglied Eidgenössische Kommission für Frauenfragen

«HANDELN STATT REDEN.»

Unsere Nationalratskandidierenden

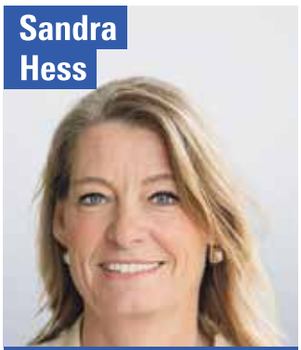
Peter Haudenschild

24.09.1

1968, Niederbipp, Unternehmer, dipl. Zimmermeister, Grossrat, Präsident Holzbau Schweiz Sektion Bern, Präsident Berner KMU LTV Oberaargau

«Als Unternehmer und Politiker habe ich sehr viel Erfahrung sammeln können. Ich verstehe es anzupacken und umzusetzen. Themen wie Klimaschutz predige ich nicht nur, sondern setze gezielte Massnahmen nachhaltig und ohne Hysterie um.»

Sandra Hess



24.10.4

1972, Nidau, Stadtpräsidentin Nidau, Grossrätin, Vize-Präsidentin Gewerbeverband Berner KMU, Vorstandsmitglied Schweizerischer Gemeindeverband, Vorstandsmitglied HIV Biel-Seeland/Berner Jura

«Als Stadtpräsidentin, Grossrätin und KMU-lerin: Zmitts im Läbe. Für eine Politik mit Realitätscheck. Verantwortungsvoll. Liberal.Fair.»

sandrahess.ch

Virginie Heyer

24.11.2

1986, Perrefitte, Ökonomin, Grossrätin, Gemeindepräsidentin, Präsidentin des Gemeindeverbands Jura bernois.Bienne, Vorstandsmitglied des Bernischen Gemeindeverbands

«Ich werde mich dafür einsetzen, den Französischsprachigen im Kanton eine Stimme zu verleihen und die Interessen meiner Industrieregion dank meiner praktischen Erfahrung als Gemeindepräsidentin und Grossrätin zu vertreten.»

virginieheyer.ch

Franziska Hügli Kästli

24.12.1

1967, Muri b. Bern, lic. rer. pol., Unternehmerin, KMU-Verwaltungsrätin, PK-Stiftungsrätin, Co-Vizepräsidentin FDP Kanton Bern

«Mit Sachverstand und Erfahrung für starke KMUs, eine sichere Altersvorsorge und ein erfolgreiches duales Bildungssystem. Für Freiheit, die Verantwortung gross schreibt.»

franziskahuegli.ch

Hans Schär

24.17.1

1959, Schönried, Unternehmer, Eidg dipl. Elektroinstallateur, Grossrat, Alt Gemeinderat, Vater von drei Kindern und Grossvater

«Gute Positionierung der Randregionen, Tourismus im Berggebiet stärken, zahlbare Gesundheitsversorgung auch in Randregionen, durch Wirtschaftsanliegen und Sicherheit die Schweiz stärken, eine starke Stimme in Bern.»

Nicole Sejk

24.18.0

1990, Spiegel b. Bern, Stabsmitarbeiterin Einsatz- und Laufbahnsteuerung, LVb Pz/Art; Vizepräsidentin JFBE; Vorstand FDP Köniz und Verband Militärischer Gesellschaften

«Ohne Selbstverantwortung keine Sicherheit. Ohne Sicherheit keine Freiheit.»

nicolesejk.ch

Mathias Siegenthaler

24.19.8

1983, Wimmis, Geschäftsführer und Inhaber Logjob AG, Gemeinderat Wimmis, Parteileitungsmitglied FDP Kanton Bern, Kreispräsident FDP BEO, Vorstandsmitglied HEV BEO West, Präsident VUF.ch

«Bewährtes pflegen. Neues wagen.»

mathias-siegenthaler.ch

Silvia Steidle

24.20.1

1972, Biel/Bienne, Lic. rer. pol., a. Präsidentin der Konferenz der FinanzdirektorInnen der Schweizer Städte, Vorstandsmitglied BERNbilingue

«Im freien Geist der Innovation schreiten wir voran, die Konservativen folgen unseren Spuren.»

silviasteidle.ch

Unsere Nationalratskandidierenden

Raphaël Karlen

24.13.9

1973, Bern, Ökonom/Unternehmer, Startup-Coach, Innovator, Familienvater, Läufer, Parteileitung fdp-stadtbern.ch, Vize-Präsident fdp-urban.ch, digital-liberal.ch, fdp-business.ch

«Bern kann wieder zu seinen wirtschaftlichen Stärken zurückkehren. Wir müssen uns finanziell längerfristig von einem «Nehmerkanton» zu einem «Geberkanton» entwickeln. Packen wir's an – es ist möglich!»

raphaelkarlen.com

Simone Richner

24.14.7

1985, Bern, Rechtsanwältin, Mama, Stadträtin und Vizepräsidentin FDP Stadt Bern, Vorstandsmitglied HEV und TCS

«kompetent, lösungsorientiert und offen!» #Möglichmacherin

simonerichner.ch

Yannik Riesen

24.15.5

1997, Biel, Jurist, MLaw, Vize-Stiftungsrat Musikschule Biel, Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen Biel + Kreispartei Biel-Seeland, Mitglied JCI Biel, Mitglied Bieler KMU, ehem. Gemeinderat Leubringen/Magglingen

«Zukunft wählen – jetzt!»

yannik-riesen.ch

Andreas Schär

24.16.3

1991, Roggwil, Ausbildungsleiter, Mitglied Baukommission, Präsident FDP Roggwil

«Für eine Politik, die von Weitsicht lebt und sich nicht in populistischen Grabenkämpfen verfängt. Liberale Lösungen, die den Menschen und nicht den Staat in den Vordergrund stellen.»

aschaer.ch

Virginie Trachsel

24.21.0

1987, Müntschemier, Leiterin Innovation Management, Dr. in Ökonometrie, a. Vorstandsmitglied Neuchâtel Hockey Academy

«Bürgernah. Weitsichtig. Authentisch. Kompetenz aus Wirtschaft und Politik. Solide Analysen für eine Zukunft mit sicherer Vorsorge, gerechten Gesundheitspreisen und zuverlässiger Mobilität. Ihre Stimme für Bern.»

Markus Weber

24.22.8

1966, Brienz, Bergführer, Dipl. Masch. Ing. FH/NDS-U, Gemeinderat Vizepräsident, Präsident Schulkommission, Schulrat der Schule für Holzbildhauerei, Mitglied FG VöV

«Ich setze mich ein, für einen zahlbaren, funktionierenden ÖV bis in die Randregionen, das einmalige duale Bildungssystem der Schweiz und einen nachhaltigen Tourismus in intakter Umwelt.»

Andreas Wyss

24.23.6

1978, Kirchberg (BE), Gemeinderatspräsident, Unternehmer, VR Agrisano, VRP foodwaste.ch, VR Ei AG, Präsident Das Beste der Region, VR Bern Welcome, Moderator agrarpolitikpodcast.ch

«Politik ist der Wettkampf um die besten Ideen. Diese Ideen müssen schlüssige Antworten und Lösungen für heutige und zukünftige Herausforderungen geben. So verstehe ich Politik und das ist mein Antrieb, mich politisch zu engagieren.»

andreas-wyss.ch

Christoph Zimmerli

24.24.4

1970, Bern, Unternehmer, Dr. LL.M., Rechtsanwalt; Grossrat, Präsident Gesundheits- und Sozialkommission; Verwaltungsrat in der Gesundheits- und Baubranche; Geschäftsführer BERNER ARBEITGEBER; Schulrat gibb; Oberst im Generalstab

«Ich setze mich ein für tiefere Krankenkassenprämien, weniger Steuern, eine Stärkung der Berufsbildung und eine starke Armee. Innovativ, bürgernah und verlässlich.»

www.christophzimmerli.ch

«Im Bundeshaus braucht es mehr Leute mit politischer Alltagserfahrung»

Sandra Hess im Interview

Du bist seit 10 Jahren Stadtpräsidentin von Nidau und seit 6 Jahren Grossrätin. Nun willst du ins Bundeshaus. Weshalb? Ich kenne die politische Arbeit aus der hemdsärmeligen Perspektive und habe sie von der Pike auf gelernt. Als Stadtpräsidentin bin ich nahe bei den Leuten. Als Grossrätin kenne ich die Möglichkeiten und Grenzen der Kantonspolitik. Die grossen Linien werden auf Bundesebene definiert, die Auswirkungen schlagen in den Gemeinden und bei der Bevölkerung auf. Im Bundeshaus braucht es Leute mit politischer Alltagserfahrung, das motivierte mich für die Kandidatur.

Du sprichst vom Bundeshaus. Warum kandidierst du für beide Ämter, den National- und den Ständerat? Oberstes Ziel ist für mich, den Sitz von Christa Markwalder zu verteidigen und einen dritten Sitz im Nationalrat zurückzugewinnen. Mit der Ständeratskampagne erzielt die FDP weit über die Parteigrenzen hinaus Aufmerksamkeit. Mit meinem Engagement hoffe ich, möglichst viele zusätzliche Stimmen für unsere Partei zu holen.

Man kennt dich als starke Vertreterin von Wirtschaft und Gewerbe. Gibt es noch andere Themen, die dich beschäftigen? Ja, aber zuerst möchte ich noch etwas zu Wirtschaft und Gewerbe sagen. Als Tochter klassischer «Gewerbler» habe ich früh gelernt, was es braucht, um einen Betrieb am Laufen zu halten, die Löhne zu zahlen und investieren zu können. Es entspricht meiner tiefen Überzeugung, dass eine prosperierende Wirtschaft die Basis von Wohlstand und Sicherheit ist. Mich beschäftigen neben den grossen Themen wie Klima, Altersvorsorge, Energieversorgung und Sicherheit die darin enthaltenen Querschnittthemen; Bildung, Raumplanung und Finanzen.

Kannst du das etwas ausführen? Was hat z.B. Klima mit Raumplanung zu tun? Zwischen allen Themen bestehen starke Wechselwirkungen. Unsere Handlungsfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn wir die Themenfelder vernetzt betrachten. Als Beispiel: Die Schweiz will bis 2050 klimaneutral werden. Das bedeutet, dass wir die Dekarbonisierung vorantreiben und grosse Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie bauen müssen. Viele dieser Projekte sind mit dem heutigen, sehr streng ausgestalteten Raumplanungsgesetz aber kaum zu vereinbaren. Gleichzeitig bleibt eine klimaneutrale Schweiz eine Illusion, wenn es uns nicht gelingt, neue Technologien und Verfahren zu entwickeln. Das erfordert grosse Investitionen in den Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz.

Glaubst du daran, dass die Schweiz den Umstieg auf erneuerbare Energie schafft? Ich bin ein positiv denkender Mensch und glaube an die Kraft der Wissenschaft und Wirtschaft. Aber die Rahmenbedingungen müssen entsprechend ausgelegt werden. Die Fülle an Gesetzen und Vorschriften führt aktuell vielerorts zu Stillstand statt zu Fortschritt. Welches Ausmass es angenommen hat, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Als die Grande-Dixence- und die Grimselstaumauer gebaut wurden, mussten drei Bundesgesetze berücksichtigt werden. Heute wären es deren elf! Das wird schon bei den Konzessionsverlängerungen ein grosses Problem werden. Von der Realisierung neuer solcher Projekte ganz zu schweigen.

Das klingt aber nicht sehr optimistisch... Doch, denn nur wenn wir uns den Problemen stellen, können wir sie bewältigen. Unsere Urgrosseltern haben es auch so gemacht. Dabei hatten sie ein klares Ziel vor Augen. Ihrem Glauben an die Zukunft verdanken wir praktisch alle heutigen Infrastrukturanlagen. Das Schienennetz, die Autobahnen, Tunnel, Flughäfen, Wasserkraftwerke und Hochschulen. Und sie haben so grosszügig gebaut, dass wir bis heute davon zehren können. Die letzten Generationen haben nur noch den Bestand gesichert und Neues verhindert. Nun müssen wir mit der zuversichtlichen Einstellung unserer Vorfahren die Energiewende anpacken und umsetzen.

Klingt alles gut, aber wie schaffen wir das? Mit Politikern und Politikerinnen, die Expertenmeinungen akzeptieren, die Realitäten über Ideologien stellen und der Wirtschaft den notwendigen Entwicklungsspielraum lassen.

Was beschäftigt dich sonst noch? Auf allen Ebenen, Gemeinde, Kanton und Bund, stelle ich starke Bestrebungen fest, den Staat kontinuierlich auszubauen sowie Einkommen und Vermögen zu regulieren und umzuverteilen. Wenn ich lese, dass die Beschäftigungszahlen in der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren stärker gewachsen sind als in der Privatwirtschaft, ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass dem Staat zu viele neue Aufgaben auferlegt wurden. Für die Erfüllung dieser Aufgaben braucht es Geld, das wiederum wird bei den Steuerzahlenden abgesogen und umverteilt. Das darf auf keinen Fall so weitergehen.

Zum Schluss noch zwei provokative Thesen: Die Schweiz wäre sicherer in der NATO! Ein NATO-Beitritt wäre mit unserer dauernden Neutralität nicht vereinbar. Aber die Schweiz muss mit der NATO punktuell zusammenarbeiten können. Unser Land liegt in der Mitte von Europa, es ist sehr wahrscheinlich, dass ein militärischer Konflikt gleichzeitig mehrere europäische Staaten und die NATO betreffen würde. Es wäre somit fahrlässig, wenn die Schweiz sich in den Bereichen Cybersicherheit, Waffensysteme und Ausbildung vollkommen unabhängig oder autark von der NATO entwickeln würde.

Künstliche Intelligenz (KI) wird uns viele Arbeitsplätze kosten! KI wird sicher einerseits Arbeitsplätze kosten, andererseits wird sie auch Arbeitskräfte für neue Herausforderungen freispielen. Praktisch in jeder Branche besteht akuter Mangel an Arbeitskräften. Es wird immer wieder neue Aufgaben geben, die Maschinen nicht übernehmen können. Ähnliche Verlustängste kennen wir in Zusammenhang mit der Digitalisierung. Aber auch hier hat sich gezeigt, dass viele neue Arbeitsfelder geschaffen wurden.

Was wünschst du dir für die Schweiz? Wieder mehr Mut, positives Denken und Gestaltungswillen.

FDP
Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Neuengasse 20, 3011 Bern

Wir machen die Schweiz stark!

Kraftwerke bauen. Blackouts verhindern.

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

FDP wählen!

www.fdp.ch/strom

Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

Thierry Burkart für dich

Registriere dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, sondern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personifizierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.

QR-Code scannen und persönliches Video bestellen.

Medienkonferenz zur Migrationspolitik in Bern. Fotos: Jannik Kaiser

Für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik, die die humanitäre Tradition der Schweiz wahrt. Im August besuchte eine FDP-Delegation Chiasso, um sich vor Ort über die herausfordernde Situation zu informieren. Eine Woche später präsentierte die FDP an einer Medienkonferenz in Bern ihre Forderungen für eine realistische Migrationspolitik.

Die starke Zuwanderung beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangels ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022, das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels Motion, dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem Fraktionsvorstoss aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren, abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die FDP-Motion angenommen.

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren Hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die

«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigungsinitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vielerorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.

Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Die Schweiz hat mehr als 1500 Seen, der Vierwaldstättersee ist einer der bekanntesten. Foto: iStock/Michal Stipek

Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung

Die Schweiz kann eine Vorreiterrolle übernehmen

Inmitten der stillen Schönheit kristallklarer Seen und majestätischer Berge verkörpert die Schweiz eine atemberaubende natürliche Pracht. Doch hinter dieser idyllischen Kulisse verbergen sich komplexe Herausforderungen im Bereich der Wasserbewirtschaftung.

Im Zentrum der schweizerischen Wasserpolitik liegt ein delikates Gleichgewicht zwischen dem steigenden Energiebedarf und dem Erhalt der Umwelt. Das hydroelektrische Erbe des Landes verdeutlicht diese komplexe Dualität. Zwischen wachsenden Energieanforderungen und dem Schutz empfindlicher Ökosysteme jongliert die Schweiz mit einer anspruchsvollen Gleichung. Strikte Vorschriften wie das Wasserrechtsgesetz werden erlassen, um Umweltauswirkungen zu minimieren und gleichzeitig die Wasservorkommen zu optimieren.

Ökologische und klimatische Herausforderungen

Doch die Herausforderungen enden hier nicht. Rasante Urbanisierung, zunehmende Industrialisierung und intensive Landwirtschaft üben enormen Druck auf die Wasserressourcen aus. Klimaveränderungen stören herkömmliche Niederschlagsmuster mit häufigeren Dürren und unregelmässigen Niederschlägen. Die Wasserqualität und Biodiversität sind durch Verschmutzung aus menschlichen Aktivitäten bedroht. Die Bewältigung von Überschwemmungen erfordert präventive Massnahmen und langfristige Planung, während internationale Zusammenarbeit unerlässlich wird, um geteilte Flusseinzugsgebiete zu verwalten.

Ein Ansatz mit Fokus auf Daten und Innovation

Um in dieser komplexen Landschaft zu navigieren, setzt die Schweiz auf Innovation und Daten. Die präzise Erfassung von Informationen zur Wassernutzung in verschiedenen Sektoren wird entscheidend. Von der Landwirtschaft über die chemische Industrie bis hin zur Wasserkraft und den Privathaushalten spielt jeder Akteur eine Rolle beim Schutz dieser lebenswichtigen Ressource. In einer datengetriebenen Welt müssen schweizerische Unternehmen und Forschungszentren dazu beitragen, Daten-Erfassungssysteme für eine proaktive Wasserressourcenbewirtschaftung zu entwickeln.

Eine Plattform für internationale Kooperation

Dank ihrer Neutralität kann die Schweiz eine zentrale Rolle in der internationalen Zusammenarbeit spielen. Die Förderung bilateraler Abkommen mit anderen Nationen zur gemeinsamen Nutzung bewährter Verfahren und Technologien ist von wesentlicher Bedeutung. Eine globale, kooperative Wasserbewirtschaftung kann durch eine liberale Vision und den Willen zur Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft

Zusammenfassend muss sich die Schweiz den Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung mit wissenschaftlicher Präzision, kontinuierlicher Innovation und internationaler Zusammenarbeit stellen. Die Hindernisse sind real, aber die Schweiz kann in ihrer Bemühung um eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung wesentliche Lehren für Nationen bieten, die ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Durch eine visionäre und pragmatische Perspektive kann die Schweiz den Weg für eine herausragende Wasserressourcenbewirtschaftung ebnen und so eine vielversprechende Zukunft für kommende Generationen gestalten.

Virginie Trachsel, Nationalratskandidatin BE

Für tiefere Prämien

FDP-Lösung erhält am meisten Kredit

Die «Budget-Versicherung» der FDP kommt bei Gesundheitsökonomen gut an. Das freut uns und zeigt, dass wir an den richtigen Stellschrauben ansetzen. Dass der Bundesrat den innovativen Vorschlag ablehnt, ist bedauerlich. Somit verlängert sich das Nichtstun unter Gesundheitsminister Berset, obwohl bei den Gesundheitskosten grosser Handlungsbedarf besteht.

Die Krankenkassenprämien dürften diesen Herbst um 7 bis 9 Prozent steigen. Um den Mittelstand zu entlasten, welcher keine Prämienverbilligungen erhält, fordert die FDP die Einführung eines Budget-Modells. Die Bevölkerung soll künftig die Möglichkeit erhalten, ihren Leistungskatalog freiwillig einzuschränken und dadurch Kosten zu sparen. Je nach Präferenz soll es möglich sein, auf Homöopathie zu verzichten, nur noch Generika zu verwenden, die freie Arztwahl einzuschränken (Aufhebung Vertragszwang) oder das elektronische Patientendossier verpflichtend zu verwenden. Das Ziel: 25 Prozent weniger Prämienlast.

Budget-Versicherung schneidet gut ab

Stefan Felder, Gesundheitsökonom der Universität Basel, teilt in einem Interview die Analyse der FDP, wonach die stete Ausweitung des Leistungskatalogs problematisch ist: «Schaut man sich den Leistungskatalog der OKP an, dann haben wir das Gegenteil einer Grundversicherung. Es ist eine Vollversicherung für alles und alle, wie es sie sonst nirgends auf der Welt gibt.»

Auch der erfahrene Gesundheitsökonom Willy Oggier erkennt Potenzial beim FDP-Vorschlag und sagt gegenüber dem «Blick»: «Wenn die Versicherten tatsächlich freiwillig wählen können, welches Modell sie möchten, kann man das durchaus prüfen», sagt Gesundheitsökonom Oggier. «Entscheidend ist, was in der Budget-Variante drin ist. Hier hat man viel Spielraum.»

Vorschläge von SVP, Mitte und SP fallen durch

Schlechter kommen die «Ideen» der anderen Parteien weg: Vergangene Woche erntete die Mitte für ihre Kostenbremse-Initiative (welche eigentlich Rationierungsinitiative heissen sollte) zum wiederholten Mal öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen: Alt Ständerat Konrad Graber führte in der NZZ aus, dass der durch die ehemalige CVP lancierte Vorschlag im besten Fall eine gute Debatte bewirke, die Probleme aber nicht löse. Dass der Vorschlag nicht mehr als billiges Marketing ist, erkennt man auch, wenn man den Initiativtext liest – es heisst: Liegt die Steigerung der durchschnittlichen Kosten (...) über der Entwicklung der Nominallöhne (...), so ergreift der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen **Massnahmen** zur Kostensenkung. Konkrete Vorschläge? Fehlanzeige. Lieber fordert die Mitte «Massnahmen», bleibt somit auf der Meta-Ebene und tut so, als würde die Politik nicht seit Jahren versuchen, das Problem der steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Als Massnahme Ultima Ratio bliebe wohl die Rationierung von Leistungen oder Wartezeiten, wie wir sie aus England kennen.

Ebenfalls deutlich durchgefallen ist bei Experten der extreme Vorschlag der SVP, das Obligatorium abzuschaffen. Bereits seit längerem sind sich die Fachleute darüber einig, dass der Vorschlag der SP, wonach die Prämienlast durch Steuergelder Ad Infinitum ausgeglichen werden sollen, keine Kosten senken werde.

Die FDP bleibt dran

Die FDP wird sich mit Nachdruck für die Budget-Versicherung einsetzen. Tiefere Prämien erreichen wir dank mehr Wahlfreiheit und innovativen Versicherungsmodellen. Ebenfalls werden wir uns für eine Stärkung des Wettbewerbs, für den Abbau von Fehlanreizen und für eine konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens einsetzen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser

Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmenpolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblerin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeausgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag wird leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.

«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastrukturen verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: **Julia Lüscher**

Grosser Andrang am FDP-Shop. Fotos: Jannik Kaiser

1000 Freisinnige lancieren die heisse Phase des Wahlkampfs

Erfolgreicher Tag der FDP in Fribourg

Unser liberales Erfolgsmodell ist bedroht. Gegen diese Tendenz tritt die FDP mit einer Politik an, die anpackt und die richtigen Prioritäten setzt: innovative Wirtschaft, verlässliche Stromversorgung und sichere Renten. Der Tag der FDP in Fribourg unterstrich: Die FDP ist unverzichtbar als Motor für liberale Lösungen und den Wohlstand der Schweiz.

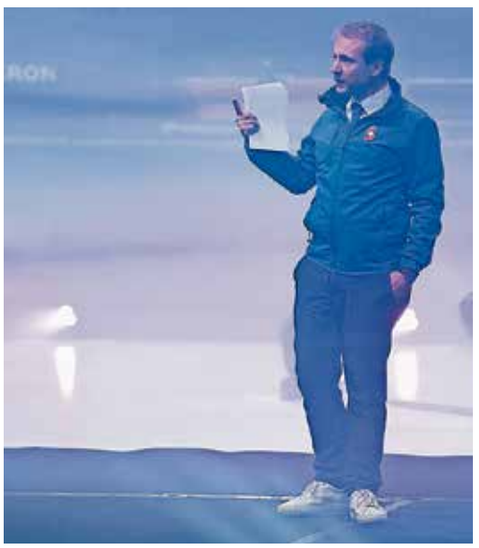
Die FDP ist bereit für einen intensiven Wahlkampf.

Die Foto-Box erfreute sich grosser Beliebtheit.

Die 150 anwesenden Kandidierenden waren mit personalisierten Hockeytrikots ausgerüstet.

Rund 1000 Freisinnige strömten in das Eishockeystadion von Fribourg-Gottéron.

Für Vizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany war es ein Heimspiel.



Nationalrat Philippe Nantermod führte mit viel Elan durch den Vormittag.

Bundesrat Ignazio Cassis im Austausch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fraktionspräsident Damien Cottier, Parteipräsident Thierry Burkart und Moderator Philippe Nantermod (von rechts).

Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni im Gespräch mit Vizepräsidentin Alessandra Gianella.

Vizepräsident und Nationalrat Andri Silberschmidt (rechts) sprach mit Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, über die Notwendigkeit einer sicheren Altersvorsorge.

Parteipräsident Thierry Burkart betonte, dass die FDP für Aufbruch und nicht Stillstand steht.

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozialwerk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-

fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

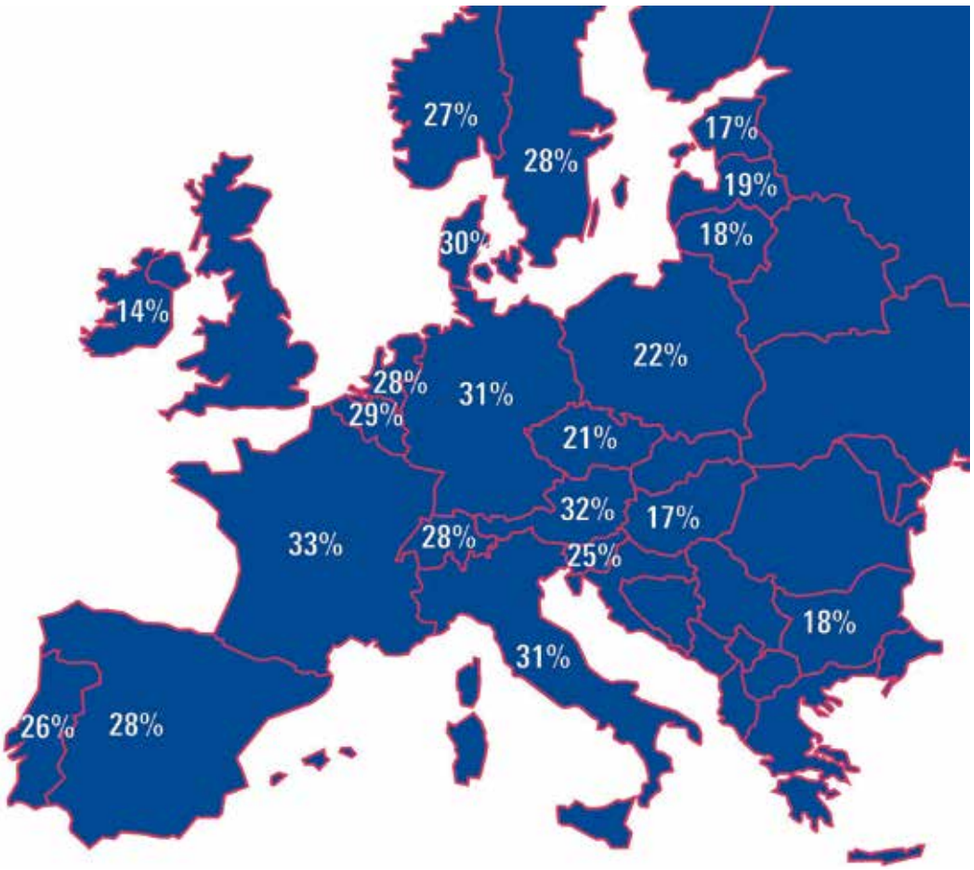
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot genetisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittspotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels ... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen postmodernen Hokuspokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkram zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung. Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.

Philippe Nantermod,
Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.

«Das Ende naht»

Die letzte Session der Legislatur steht vor der Tür

Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO_2-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbusse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».

Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

BLACKOUT STOPPEN

JETZT UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch